

Aus: Palästina Nachrichten -Mitteilungen der Vereinigung der Freunde Palästinas in Berlin-Brandenburg e.V., Nr. 57 / 18. Juni 2003

## **DIE BESATZUNGSMACHT WILL KEINE ZEUGEN**

Kein Zweifel: Ohne die - gefahrvollen - Aktivitäten ausländischer Beobachter, würde vieles, oder vielleicht das meiste, was die Besatzungsmacht in den palästinensischen Gebieten anrichtet, nicht bekannt werden. Insbesondere die Internationale Solidaritätsbewegung (ISM) hat sich bei der Verteidigung der Palästinenser bewährt. Die ISM ist international bekannt geworden, weil ihre Mitglieder mehrfach von der israelischen Armee angegriffen wurden.

Am 8. Mai übergab die israelische Armee (gemeinhin als Israel Defence Forces - IDF - bezeichnet) den im Gaza-Streifen tätigen internationalen Organisationen eine Mitteilung, in der es u.a. hieß, man könne „unter den gegenwärtigen Umständen nicht die persönliche Sicherheit von ausländischen Bürgern, die das Gebiet besuchen, garantieren“. Weiter hieß es: „Obwohl die IDF keine Verantwortung für den Tod, die Verwundung oder die Zerstörung oder den Verlust von Eigentum im Ergebnis militärischer Aktivitäten übernehmen können, werden ausländische Bürger, die das Gebiet besuchen, folgenden Bedingungen unterworfen, deren Ziel es ist, auftretende Risiken zu verringern...“ Aufgelistet wurde u.a. das Verbot, bestimmte Regionen aufzusuchen, sowie: „Die Einmischung oder Behinderung israelischen Sicherheitspersonals bei der Durchführung ihrer Pflichten ist ein kriminelles Vergehen.“ Diese Festlegungen müssen alle ausländischen Besucher schriftlich bestätigen, die entsprechende zu unterzeichnende Erklärung enthält auch die Anweisung, „keine Beziehung zum ISM oder irgendeiner anderen Organisation zu unterhalten, deren Ziel es ist, IDF-Operationen zu stören.“

Die israelische Armee wolle keine Zeugen, schrieb die Frankfurter Allgemeine (19. Mai): „In der israelischen Presse findet die drohende Ausweisung mehrerer Dutzend Aktivisten der ‘Internationalen Solidaritätsbewegung’ (ISM) kaum Erwähnung. Dennoch versammelten sich 200 Israelis in Tel Aviv vor dem Verteidigungsministerium, um gegen das Vorgehen der Armee zu demonstrieren. Und trotzig hieß es in einer Erklärung der Organisation: ‘Wir sind immer noch hier, und wir machen weiter.’ Doch der Armee sind die ausländischen Beobachter schon lange ein Ärgernis: Palästinensische Augenzeugen israelischer Militäraktionen gelten in der Regel als voreingenommen. Amerikaner, Franzosen oder Briten berichten aus den besetzten Gebieten dagegen als ‘unbeteiligte Dritte’. In ihren Herkunftsländern sind sie dann Gesprächspartner der dortigen Medien.“ Vorfälle wie der Tod der Amerikanerin Rachel Cordie hätten die israelische die Armee auch in den USA gezwungen, ihr Vorgehen gegen Palästinenser zu rechtfertigen. Die Organisation machte wiederum deutlich, daß sie nur gewaltlos Widerstand leistet. Ihre Mitglieder dürfen nicht einmal ihre Arme gegen eine Bedrohung erheben, sondern sollen sich nur als eine Art Schutzschild zwischen palästinensische Zivilisten und Soldaten stellen.“ Nach dem Selbstmordattentat muslimischer Briten in Tel Aviv wurde ein Zusammenhang zwischen der ISM und dem Terrorismus konstruiert. „Die Armee wirft den Aktivisten jetzt Beihilfe zum Terror vor. Zudem hätten sie Militäroperationen behindert, die der Sicherheit von Israelis dienen. Am vergangenen Freitag brachen Soldaten in ein ISM-Hauptbüro in Beit Sachur bei Bethlehem ein, nahmen mehrere Personen fest und beschlagnahmten Computer. Zwei Britinnen wurden bei Tulkarm in Untersuchungshaft genommen. Sie wurden später gegen Kautions freigelassen.“ Die israelische Armee, schrieb die Frankfurter Allgemeine weiter, versuche aber auch, „anderen Ausländern den Besuch palästinensischer Gebiete zu erschweren. Sie sollen jetzt bei der Einreise in den Gaza-Streifen eine Erklärung unterschreiben. Mit ihr zeigen sie sich damit einverstanden,

daß die Armee ihre Sicherheit nicht garantieren kann. (...) Viele Besucher des Gaza-Streifens verweigern ihre Unterschrift. Sie verweisen dabei auch darauf, daß sich die israelischen Streitkräfte rechtswidrig in den autonomen Gebieten aufhielten, die sie eigentlich an die Autonomiebehörde abgegeben haben. Selbst in Jerusalem wird es immer schwieriger, für freiwillige Helfer aus dem Ausland, die im arabischen Teil der Stadt arbeiten wollen, ein israelisches Visum zu erhalten. Seit dreißig Jahren betreut zum Beispiel Diet Coster in Ostjerusalem sozial benachteiligte Kinder. Die Vorsitzende im Gemeinderat der deutschen evangelischen Kirche erhielt stets ein Jahresvisum. Das wird ihr jetzt verweigert, und sie muß vor Gericht gegen ihre Ausweisung kämpfen. Freiwillige Helfer wurden auch schon bei ihrer Einreise am Flughafen von Tel Aviv aufgehalten und sofort wieder nach Hause geschickt. Nach Medienberichten nimmt mittlerweile die Zahl der Friedensaktivisten und ausländischen Helfer ab.“